
Dokumentation

Wir brauchen eine Ökonomie für das „ganze Haus“ - Stellungnahme des „Solidaritätskreises gegen Arbeitslosigkeit“*

Vor 25 Jahren wurde die Institution eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eingerichtet. Mit Hilfe des Apparates des Statistischen Bundesamtes legen die fünf Sachverständigen Daten, Einschätzungen und Empfehlungen vor, wie Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und

* Der Solidaritätskreis gegen Arbeitslosigkeit, vom Deutschen Gewerkschaftsbund angeregt, von prominenten Persönlichkeiten der Wissenschaft und der Kirchen, der Kultur und der Gewerkschaften getragen, hat sich zum Ziel gesetzt, der Verdrängung der Massenarbeitslosigkeit und ihrer zerstörerischen Folgen aus dem öffentlichen Bewußtsein entgegenzuwirken. Er setzt sich dabei in erster Linie mit den Akteuren auseinander, die sich durch ihr Handeln oder ihr Unterlassen der Verantwortungslosigkeit schuldig machen nicht nur gegenüber den von Arbeitslosigkeit Betroffenen, sondern auch gegenüber der sozial-politischen Kultur der Republik. Darüber hinaus richtet der Solidaritätskreis sein Augenmerk aber auch auf diejenigen, die die Legitimation liefern für eine solche Politik der Ausgrenzung und der Verdrängung.

außenwirtschaftliches Gleichgewicht gewährleistet werden könnten. Geschaffen als ein Instrument der Politikberatung, ist der Sachverständigenrat längst selbst zu einem Poptikum geworden.

Trotz ebenso vielfältiger wie fundierter Kritik an der wissenschaftlichen Einseitigkeit und der politischen Einäugigkeit der Jahresgutachten, genießt der Sachverständigenrat den Nimbus einer höchstrichterlichen Interpretationsinstanz für den Gesamtzustand der bundesdeutschen Gesellschaft: „Es geht uns gut“, wenn die sogenannten fünf Weisen den Gang der Wirtschaft positiv beurteilen. Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Rüstungsgigantomanie, wachsende Drogenabhängigkeit der Jugend, Vereinsamung und Verarmung der Alten, aber auch: daß schon Kinder mit Medikamenten auf Leistungsfähigkeit getrimmt werden, daß ganze Regionen veröden, daß die Situation der Menschen in der „Dritten Welt“ immer aussichtsloser wird, während sich in Europa die Nahrungsmittelberge türmen - das alles ist zwar höchst bedauerlich, aber doch auch nicht so wichtig, wenn nur die Wachstumsraten stimmen, die Preise einigermaßen stabil sind und die Leistungsbilanz ausgeglichen ist. Dieses Denken spiegelt sich in dem Gutachten der Sachverständigen. Sie bestärkt und legitimiert eine Politik, die soziale Wirklichkeiten unterschlägt.

Die Sachverständigen blamieren sich in peinlicher Regelmäßigkeit mit ihren Prognosen und ernten dafür Hohn und Spott der journalistischen Kommentatoren. Ungleich schwerwiegender aber ist das Defizit an sozialer Realität. Viele Menschen sehen eine breite Kluft zwischen ihren konkreten Lebenserfahrungen und den „Berichten zur Lage“ wie sie von den fünf Weisen geliefert werden. Die Politikberatung durch den Sachverständigenrat gerät zunehmend zu einer Art vertrauensärztlichem Dienst im Auftrag der Bundesregierung: Die Republik wird gesundgeschrieben und die Politik damit in ihrer Ignoranz gegenüber schwerwiegenden gesellschaftlichen Fehlentwicklungen bestärkt.

Der Solidaritätskreis gegen Arbeitslosigkeit nimmt das 25jährige Bestehen des Sachverständigenrates zum Anlaß, vor den Folgen einer ökonomistisch verkürzten Politik zu warnen. Politikberater, die „Wirtschaftlichkeit“ zur entscheidenden Orientierungsgröße aller Lebensbereiche machen, verfehlen zunehmend die klassische politische Aufgabe, das größte Glück der größten Zahl anzustreben.

In dem hohen allgemeinpolitischen Stellenwert, der den Gutachten des Sachverständigenrates von der herrschenden Meinung zuerkannt wird, spiegelt sich die zentrale Bedeutung der Wirtschaftspolitik für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Wird Wirtschaftspolitik jedoch beschränkt auf Politik für die Wirtschaft und in dieser Beschränkung primär dem ver-rückten Maßstab betriebswirtschaftlicher Gewinnmaximierung unterworfen, dann dankt gesamtgesellschaftliche Vernunft notwendigerweise ab zugunsten der Teilrationalität einzelwirtschaftlicher Entscheidungen. Bildlich gesprochen: Begeistert beobachten die Experten das reibungslose Rollen jedes einzelnen Rades, erfreut rufen Politiker, sieht, wie gut es läuft - und keiner achtet darauf, wohin der Karren fährt, wer und was unterwegs verloren geht.

Statt der begrenzten Ökonomie, die nur auf die einzelnen Bausteine schaut, brauchen wir eine neue, die das ganze Haus inklusive seines sozialen Lebens, seiner Nachbarn und seiner natürlichen Umwelt im Blick hat. Der Solidaritätskreis gegen Arbeitslosigkeit fordert eine Ökonomie, die im ursprünglichen Sinn des Wortes „oikos“ (Haus) für das „ganze Haus“ sorgt. Es geht um ein „Haushalten“ für das soziale Ganze: für die Arbeitslosen ebenso wie für die Erwerbstätigen, für die Natur ebenso wie für die Stadt, für die Alten und die Jugend, für Frauen und Männer. Wir brauchen eine Ökonomie, die es nicht nötig hat, aus Problemfeldern des sozialökonomischen Umbruchs Problemgruppen zu machen, denen ihre Nöte und Schwierigkeiten als selbstverschuldet angela-

stet werden; eine Ökonomie, die es nicht nötig hat, die Augen vor den Lebensbedingungen jenseits der nationalen Grenzen zu verschließen, um sich des eigenen Wohlstandes nicht schämen zu müssen. Wir brauchen eine politische Ökonomie statt einer ökonomistischen Politik. Nicht die Ökonomie darf die Politik länger auf das begrenzte Ziel der einzelbetrieblichen Gewinnmaximierung verpflichten; die Politik muß die Ökonomie in den demokratischen Streit über vernünftige Entwicklungsperspektiven unserer Gesellschaft integrieren.

Ein Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der nicht als Alibi für den desolaten Zustand herrschender Politik, sondern als Seismograph des industriegesellschaftlichen Umbruchs diene, hätte sich und der Politik aufregende Fragen zu stellen. Solche Fragen, wie sie im folgenden formuliert werden, sind an einem Begriff von Ökonomie und Politik gebildet, der nicht Sonderinteressen zum Leitfaden hat, sondern das Ganze der Gesellschaft, also die Bilanz von Aufwand und Kosten, von Leistung und Gerechtigkeit, von Modernisierung, Bewahrung und Zerstörung. Es sind, streng genommen, des Sachverständigenrats eigene, aber permanent mißachtete Kriterien.

1. Warum fehlt die Bilanz der sozialen Asymmetrie?

In der Bundesrepublik ist die Diskrepanz größer geworden zwischen denjenigen, die im Überfluß leben und jenen, die weniger als das Existenzminimum haben. Der Begriff der Zwei-Drittel-Gesellschaft versucht diese soziale und ökonomische Situation zu erfassen. Er weist zugleich auf das Problem hin: Denjenigen, die am historisch einmaligen Wohlstand in der Bundesrepublik nicht teilhaben, fehlt die politische Macht, ihre Ausgrenzung zu verhindern und eine Veränderung durchzusetzen.

Massenarbeitslosigkeit ist die Wurzel dieses Übels. Massenarbeitslosigkeit im gegenwärtigen Umfang ist mehr als eine Komponente in einem angeblich unvermeidbaren Prozeß des Strukturwandels. Deshalb sind Situation der Arbeitslosen, Lage der Sozialhilfeempfänger und Zustand aller derjenigen, die aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzt sind, keine Tatbestände, die man ohne Folgen für das Ganze vernachlässigen darf. Es gibt nicht nur einen Zusammenhang zwischen Angst um den Arbeitsplatz und Existenzzerstörung einerseits, der Zunahme von Gewalttätigkeit in dieser Gesellschaft andererseits; es gibt auch ein Abgleiten in Resignation und Lethargie, aber auch eine Tendenz zum Sich-Anpassen und Sich-Ducken.

Die Konzentration auf den Wirtschaftsprozess darf die „Produktivkraft Mensch“ nicht aus dem Auge verlieren. Es wäre darauf zu achten, daß der Anpassungsdruck auf diejenigen, die „noch“ Erwerbsarbeit haben, nicht Kreativität und Engagement erstickt, daß der Streß die einen und die Leere die anderen nicht in Krankheit, Drogenabhängigkeit, Vereinzelung und Hoffnungslosigkeit treibt.

Massenarbeitslosigkeit beruht nicht auf persönlichem Versagen der Betroffenen. Massenarbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, ein Anschlag auf die Unversehrtheit und die freie Entfaltung des Menschen. Sie bleibt der Grundskandal unserer Gesellschaft. Niemand darf sich damit wie mit einem gesellschaftlichen Naturtatbestand abfinden. Wer die Beschäftigungskrise den „Selbsteilungskräften der Wirtschaft“ überlassen will, setzt sich dem Verdacht aus, an der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Existenzangst spezifisches Interesse zu haben.

Massenarbeitslosigkeit spaltet nicht nur die Gesellschaft, sie wird zugleich als Instrument benutzt, um den einen neue Privilegien zu verschaffen und andere dazu zu bringen, die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und den Abbau von Sozialleistungen hinzunehmen. Sie schafft die Voraussetzung, das zu akzeptieren, was man

„ungeschützte Arbeitsverhältnisse“ nennt. Obwohl die Notwendigkeit seiner Leistungen dringender wird, wird der Sozialstaat demontiert. Sonderfälle des Mißbrauchs werden hochgespielt. Zugleich entsteht mehr und mehr ein Gefühl „sozialer Kälte“. Es gibt Leute, die keine Skrupel haben, wenn sie fordern, „Mitleidsallüren“ zu überwinden. Es sind dieselben Leute, die sich trotz allem selbstgefällig auf dem richtigen Weg wähnen, weil es eben nicht zu einem eruptiven politischen Aufbrechen des Skandals Massenarbeitslosigkeit kam, sondern die Verwüstungen millionenfacher Arbeitslosigkeit privat erlitten werden.

Die neue Gleichzeitigkeit des Ungleichen, in der sich neuer Reichtum und neue Armut begegnen, beinhaltet nicht nur den sozialen Abstieg der Bedrängten, sondern auch den moralischen der Privilegierten.

Der Solidaritätskreis gegen Arbeitslosigkeit fordert die Politik besonders auch in den Städten und Kommunen auf, in ihrem Verantwortungsbereich eine öffentliche Bilanz der sozialen Asymmetrie zu ziehen. Die wachsende Ungerechtigkeit hat ökonomische und politische Ursachen. Sie darf deshalb nicht länger als private Notlage behandelt beziehungsweise als privater Luxus bewundert werden. Den Versuchen, selbst noch die Kritik an der wachsenden sozialen Ungerechtigkeit mit dem Etikett des „sozialen Neides“ zu privatisieren, gilt es dadurch entgegenzuwirken, daß diese Kritik zur gesellschaftspolitischen Aktion gemacht wird. Dies könnte besonders auf der kommunalen Ebene anschaulich und Betroffenheit auslösend geleistet werden: Die verschämte Armut und der unverschämte Reichtum müssen ins öffentliche Gerede kommen.

2. Warum bleibt die Ökologie ausgeblendet?

In dem isoliert-ökonomischen Denken, das der Sachverständigenrat repräsentiert, findet Wirtschaft in einem abstrakten Vakuum statt. Sofern die Natur überhaupt ins Blickfeld gerät, ist sie nur Objekt der Ausbeutung. Dies betrifft nicht nur die außermenschliche Natur, sondern auch die Natur des Menschen selbst. Eine Ökonomie, in der der Mensch nur als Arbeits- und Kaufkraft auftaucht, ist gleichgültig gegenüber der „Natur des Menschen“, als denkendes, fühlendes, soziales Wesen. Eine Ökonomie, in der die außermenschliche Natur nur als kostenlose Produktionsvoraussetzung oder als freie, und daher schrankenlos ausbeutbare Ressource auftaucht, ist zwangsläufig gleichgültig gegenüber den Folgen ökonomischen Handels für die natürliche Umwelt der Menschen. Wer in der Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt den letzten Sinn aller Ökonomie sieht, für denjenigen ist Rücksichtnahme auf die Natur nur eine Frage steigender Kosten. Raubbau hingegen kostet das Einzelunternehmen nichts. Alle Folgekosten für die Ausbeutung von Erde, Wasser, Luft und Energie werden auf die Allgemeinheit, konkret: auf den Steuerzahler und auf künftige Generationen abgewälzt. (Analog verfährt man mit den Folgekosten für den durch Schichtarbeit gestörten Lebensrhythmus der Menschen, für die Gesundheitsschädigungen durch schlechte Arbeitsbedingungen und gefährliche Arbeitsstoffe, für psychosoziale Schäden durch zunehmenden Leistungsstreß, Vereinzelung und Sinnentwertung in der Arbeit.)

Sobald die Allgemeinheit diese ökologischen Folgekosten auf der nationalstaatlichen Ebene nicht mehr übernehmen oder die Verursacher dafür haftbar machen will, treten die Sonderinteressen von „Wirtschaft“ offen zutage. Man droht mit einer Standortveränderung, das heißt die ökologischen Folgekosten werden in die „Dritte Welt“ exportiert.

Sehen die „fünf Weisen“ nicht, daß „unsere Wirtschaft“ dabei ist, die natürliche Existenzgrundlage der Menschheit zu zerstören? Wäre es nicht eine ihrer hervorragendsten Aufgaben, nach Wegen zur Versöhnung von Ökologie und Ökonomie zu suchen?

Weshalb nehmen hochqualifizierte Politikberater die geschichtliche Herausforderung der drohenden Naturzerstörung nicht zum Anlaß, dem Begriff des rationalen wirtschaftlichen Handelns um seine ökologische Dimension zu erweitern?

3. Warum bleiben die Arbeitsbedingungen unterbelichtet?

Arbeit ist im verengten ökonomischen Denken nur als Erwerbsarbeit und die Erwerbsarbeit lediglich als unmittelbar verwertbare Leistung, als Produktionsfaktor relevant. Schon die einfache Einsicht, daß Löhne nicht nur Kosten, sondern auch kaufkräftige Nachfrage sind, wird nur unzureichend berücksichtigt. Erst recht hat dieses Denken keinen Begriff von und kein Verständnis für Arbeit als menschliches Bedürfnis, als wichtigen Lebensbereich, in dem es den Arbeitenden eben nicht nur um Effizienz und Leistung, sondern auch um Selbstentfaltung, Selbstbestimmung, Beteiligung und Kooperation geht.

Jedermann und jedefrau wissen, daß ohne die Bereitschaft zur Identifikation mit dem Arbeitsprodukt und dem Arbeitsprozeß, ohne Phantasie und schöpferisches Gestaltungsvermögen die notwendigen Innovationen nicht möglich sind. Noch sind die Arbeitnehmer aber von der Mitbestimmung über die Entwicklung und Einführung neuer Technologien weitgehend ausgeschlossen. Weil der Betrieb ein vordemokratischer Sektor geblieben ist, sind Fragen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit - für Arbeitnehmer oft genug Fragen von Leben und Tod, zumindest aber des psychischen und physischen Wohlergehens - noch immer bestenfalls Restrisiken des herkömmlichen ökonomischen Kalküls.

Seriöse Prognosen sagen eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit und eine grundlegende Veränderung der Arbeitsprozesse auf der Basis neuer Techniken voraus. Für die „Wirtschaftsexperten“ ist dies alles nur Anlaß, Formen der Flexibilisierung zu propagieren, die die Menschen angeblichen betrieblichen Erfordernissen nahtloser anpassen. Wie das Wasser in der Leitung sollen die Arbeitskräfte allzeit bereit zur Verfügung stehen. Weil alle Zeit normale Arbeitszeit werden soll, wird das bisherige Normal-Arbeitsverhältnis zur Disposition gestellt.

Im Begriff des neuen Individualismus, der diese Veränderung begleitet, drückt sich häufig eine politische Indifferenz gegenüber den gesellschaftlichen Ursachen persönlichen Schicksals aus. Sicher - und hoffentlich - werden die Menschen in Zukunft mehr auf persönliche Entfaltung und mitbestimmende Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen drängen. Gleichzeitig aber müssen und werden sie auch danach streben, jene gesellschaftlichen Voraussetzungen sicherzustellen, die individuelle Entfaltung erst ermöglichen, unter denen sich Selbstbestimmung und Teilhabe erst verwirklichen sowie Chancen und Risiken der neuen Technologien beherrschen lassen. Aber wo schon die Bedingungen des Arbeitens nur am Rande wahrgenommen werden, dort werden erst recht die Zusammenhänge zwischen Arbeits- und Lebensbedingungen, zwischen neuen Arbeitsformen und neuen Lebensstilen ignoriert.

Für diese wie für die vorhergehenden und nachfolgenden Fragen gilt: Weder hat der Solidaritätskreis gegen Arbeitslosigkeit darauf selbst die Antwort, noch verlangt er sie von irgendeinem Rat irgendwelcher Sachverständiger. In gesellschaftlichen Umbruch- und Krisensituationen, die erkennbar tiefere und umfassendere Wirkungen haben als die geschichtlichen Erfahrungen von Rezession und Konjunktur zeigen, sind schnelle Antworten, in denen Krisenlösungen versprochen werden, meist nur Ausdruck von Hilflosigkeit oder betrügerischer Arroganz. Begründete, die Lebensverhältnisse der Menschen wirklich humanisierende Antworten können nur gefunden werden, wenn im Klima einer kritisch-aufgeklärten Öffentlichkeit zentrale gesellschaftliche Fragen thematisiert werden - und zwar ohne daß sie von vornherein unter das Diktat eines ökonomischen

mistisch verkürzten politischen Ansatzes gestellt werden. Das große Defizit an gesellschaftspolitischer Orientierung und sozialen Strategien in der Periode des industriegesellschaftlichen Umbruchs hat viel... damit zu tun, daß zentrale Fragen unter dem Hinweis auf ökonomische Sachzwänge dem politischen Diskurs entzogen werden.

4. Warum wird der Wandel des Geschlechterverhältnisses ignoriert?

In der 25jährigen Geschichte des Sachverständigenrates wurden über 20 Wissenschaftler in dieses Gremium berufen - darunter keine Frau. Schon allein das ist ein Skandal angesichts der modischen Gleichberechtigungsrhetorik. Wenn es um die „harten Fakten“ geht, wenn Experten und Sachverständige gefragt sind, dann bleiben die Männer unter sich und postulieren wie eh und jeh ohne Nachdenken und Skrupel unter dem Deckmantel der Schein-Objektivität der Daten und Geschlechtsneutralität der Sachzwänge ihre partikularen männlichen Interessen als allgemein menschliche Belange.

Die Rückbesinnung auf eine Ökonomie für das ganze Haus verlangt auch die Rückbesinnung auf die im herrschenden Denken unterschlagene Wirklichkeit familiärer Arbeit, die eine unentbehrliche Grundlage der herrschenden Wirtschaftsweise ist. Hinter abstrakten Begrifflichkeiten wie Konsum verbirgt sich menschliche Arbeit (Einkaufen, Kochen, Abwaschen und so weiter), die als solche nur von denjenigen nicht zur Kenntnis genommen wird, die sich an ihr nicht beteiligen. Menschliche Arbeitskraft entsteht und reproduziert sich nicht im außerökonomischen Raum, sondern ebenfalls auf der Basis menschlicher Arbeit, die nach wie vor fast ausschließlich Frauenarbeit ist.

Das enge ökonomische Denken folgt traditionell dem männlichen Blick auf Arbeit, Produktion und Konsumtion; es ist blind für den weiblichen Anteil am ökonomischen Kreislauf. Je empfindlicher dieser Kreislauf aber gerade von dieser Seite her gestört wird, je mehr Frauen die überkommene Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern aufkündigen, desto untauglicher werden wirtschaftspolitische Empfehlungen zur Wiederherstellung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, dessen implizite Voraussetzungen längst entfallen sind.

Frauen reklamieren in zunehmendem Maße ihr Recht auf gleichberechtigte Teilhabe an der Erwerbsarbeit und sie fordern von den Männern eine angemessene Beteiligung an der Hausarbeit. Dies stellt die überkommenen Strukturen der Erwerbsarbeit fundamental in Frage, weil diese sich immer auf einen spezifisch männlichen Zusammenhang von Arbeit und Leben bezogen, der eine davon abweichende, spezifisch weibliche Normalität zur zwingenden Voraussetzung beziehungsweise zur unausweichlichen Konsequenz hatte.

Die Frauenerwerbsquote hat mit inzwischen 54 Prozent einen Höchststand erreicht, und sie steigt trotz überdurchschnittlicher Betroffenheit der Frauen von Arbeitslosigkeit und mindergeschützten Beschäftigungsverhältnissen weiter an.

Mit dem veränderten Erwerbsverhalten der Frauen korrespondieren strukturelle Veränderungen der Lebensformen, die allerdings nicht nur auf das Konto der Frauen zu schreiben sind. Inzwischen leben nicht einmal mehr in jedem zweiten Haushalt in der BRD Eltern mit ihren Kindern zusammen, wären also eine Familie zu nennen. Zum erstenmal hat das jahrhundertalte Reden von der „Krise der Familie“ eine reale Grundlage und zwar in der Weise, daß es alternativ zur traditionellen Familie vielfältige Formen des Zusammenlebens zwischen den Menschen gibt, die in der Gesellschaft zumindest toleriert sind.

Dem strukturellen Wandel der Lebensformen müssen endlich strukturelle Veränderungen in der ökonomischen Basis unserer Gesellschaft folgen. Ökonomie - das ist vor

allem auch *eine* rationale und gerechte Organisation der zur Sicherung und Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums notwendigen Arbeit. Und diese bedarf dringend einer grundlegenden Strukturreform.

In Anbetracht verbesserter Bildungschancen und eines wachsenden gesellschaftlichen Reichtums, der nur unter zu wenigen verteilt, und von diesen vertan und zerstört wird, läßt sich mit einer Gesellschaft, die systematisch die eine Hälfte ihrer Mitglieder von ökonomischer Teilhabe und politischer Mitbestimmung ausschließt, kein Staat machen.

Wo bleiben die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Experten zur Verwirklichung des Verfassungsgrundsatzes von den gleichen Arbeits- und Lebenschancen für Männer und Frauen?

5. Warum wird die Lebenssituation der Jugendlichen und der Alten ausgeklammert?

In absehbarer Zeit wird ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik über 60 Jahre alt sein. Die Zahl der registrierten arbeitslosen Jugendlichen hegt in der Größenordnung von einer halben Million. Das sind Daten, die auf die reale Situation derjenigen hinweisen, die noch nicht in den Arbeitsmarkt eingegliedert oder aus Altersgründen bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind.

In den Jahresgutachten tauchten diese Probleme unter den Stichworten „Qualifikationsoffensive“ und „dramatisch ansteigende Belastungen der Rentenversicherung“ in der „ersten Hälfte des kommenden Jahrhunderts“ auf. Daraus folge, Beitragszahler, Steuerzahler und Altersrentner müßten zu Opfern bereit sein.

Wir wissen aus anderen Berichten mehr über die soziale Wirklichkeit von Jugendlichen und wie es sich auswirkt, wenn in dieser Altersgruppe Fähigkeiten nicht entwickelt und Qualifikationen nicht erworben werden. Wir wissen auch, was es bedeutet, wenn alten Leuten ihre Arbeit abgenommen wird und wenn Alte in Situationen geraten, in denen sie keine Initiativen mehr entwickeln können, nur noch betreut und damit abhängig gemacht werden.

Eine Industriegesellschaft, die gegenwärtig vor Prozessen des Umbruchs steht, die niemand in dieser Form geahnt hat, ist für die weiterführende Qualifikation von Jugendlichen (und Arbeitslosen) verantwortlich. Im übrigen ist es geradezu eine politische Hinterhältigkeit, wenn arbeitslosen Jugendlichen pauschal Mangel an Qualifikation oder Arbeitswilligkeit vorgeworfen wird. Es sind Hunderttausende junger Menschen, die heute nach langen Jahren der Bildung und Ausbildung Arbeit und berufliche Entfaltung suchen.

Es entsteht jedoch nicht unabsehbares Konfliktpotential, wenn man alle diejenigen, die dabei „ausgemustert“ werden, in eine uneingebundene Individualität abschiebt oder in einer Form betreut, bei der die personale Freiheit und damit die Identität der Betreuten zu Schaden kommt. Auch die Kosten für tatsächliche oder mögliche Gewalteskalationen dürfen nicht unberücksichtigt bleiben, nur weil nicht der Sozialhaushalt, sondern der Sicherheitsetat damit belastet wird.

Im Rahmen eines zu engen ökonomischen Denkens tauchen solche Fragen und die „Folgekosten“ für den Haushalt nur am Rande auf, weil sonst der begrenzte Stellenwert der ökonomischen Analysen deutlich würde.

6. Warum werden die Kranken und Aus-der-Bahn-Geworfenen übergangen?

Die Jahresgutachten analysieren und bewerten die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen. Ihr Resümee beschränkt sich auf eine Kritik an den Lohnnebenkosten,

weil sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit belasten. Die Sachverständigen fordern die „Wirtschaftlichkeit“ des Gesundheitswesens. Kein Gedanke wird verschwendet auf den Zusammenhang zwischen der hochgezüchteten Leistungsideologie und den ihr entsprechenden Folgen für die körperliche, seelische und geistige Gesundheit der Menschen. Die Forderung nach intensiverer Leistung, verbunden mit dem Versprechen: „Leistung muß sich für den einzelnen wieder lohnen“, ist von der Ausweitung jener gesellschaftlichen Bereiche nicht zu trennen, in denen Überbeanspruchung, Unbehagen in einer durch Konkurrenz und Raffgier geprägten Leistungskultur die Konsumbereitschaft von Beruhigungsmitteln jeder Art vergrößert, von Alkohol, Drogen, Pharmaka. Der wachsende Bedarf an sozialpsychiatrischer Betreuung gehört in diesen Zusammenhang. Eine Ökonomie, die für das „ganze Haus“ sorgt, dürfte diesen Entwicklungen gegenüber nicht blind sein.

Ausgeblendet bleibt auch die reale Situation von Kranken und derjenigen, die zum Teil mit sehr persönlichen Folgen aus dem Arbeitsprozeß ausgegliedert worden sind. Dieser begrenzte ökonomische Zugriff hat Tradition auch für die Fälle, bei denen ein direkter Zusammenhang zwischen Arbeit und Arbeitsunfähigkeit besteht. Im Interessengeflecht zwischen pharmazeutischer Industrie, Krankenhäusern, Ärzteschaft, Krankenkassen ist der Patient das schwächste Glied. Im Rahmen der engen ökonomischen Analyse ist für seine reale Situation kein Raum.

7. Warum wird das Problem der geographischen Verödung mißachtet?

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik hat dazu geführt, daß sich auf der einen Seite treibhausähnliche Schwerpunkte gebildet haben, denen wirtschaftlich zurückgebliebene, nicht entwickelte oder verödete Regionen gegenüberstehen. Arbeitslosigkeit ist in der Bundesrepublik wesentlich von einem Verfall der sozialen Geographie begleitet. Es gibt Brennpunkte der Arbeitslosigkeit sowohl in den Städten (teilweise in jenen, die in der Nachkriegszeit führend für den Arbeitsmarkt waren) als auch in Landgebieten. Die Bevölkerungszahlen in diesen sozial verödenen Regionen stagnieren oder gehen zurück, die Zahl der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger steigt und die Investitionskraft nimmt ab.

Aber nicht nur solche Gebiete unterliegen einem Prozeß der Verödung und Erosion sozialer Lebenszusammenhänge. Der Konzentrationsprozeß schafft zugleich industrielle Ballungsräume, gigantische Industrie-, Verwaltungs- und Verkehrskomplexe, die in ihrer Weise neue Formen städtischer Unwirtlichkeit, urbaner Scheinexistenz und Unwirklichkeit in der Alltagswelt mit sich bringen.

Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wird durch solche Entwicklungen gestört. Es entsteht ein soziales Gefälle, das dem Verfassungsgebot der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in verschiedenen Regionen widerspricht und das sich auch für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verheerend auswirken kann.

Das zu enge ökonomische Denken klammert diese Probleme aus. Es müßte sich erst damit auseinandersetzen, daß die gegenwärtig betriebene Wirtschaftspolitik zwangsläufig zu einem weiteren Konzentrationsprozeß führt, wenn sie sich frei entfalten kann und wenn diesem Prozeß nicht politisch entgegengewirkt wird. Eine Ökonomie, die auf das Ganze blickt, darf das Problem der geographischen Verödung nicht der Teilrationalität des Marktes überlassen, sondern muß durch Strukturpolitik koorrigierend eingreifen. Bei den dafür aufgewandten Kosten müssen die Ersparnisse in anderen Teilbereichen gesehen werden. Die ungleiche Entwicklung wird jedoch verschärft, wenn die soziale Sicherung der Menschen in den schwachen Regionen auf Gemeinden abgewälzt werden, die selbst nichts haben. Damit werden die armen Regionen noch ärmer und die reichen Zentren noch reicher.

8. Warum wird das Demokratiedefizit des europäischen Binnenmarktes verschwiegen?

Das enge ökonomische Denken betont die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Es analysiert mit Blick auf den Weltmarkt und die Probleme des europäischen Binnenmarktes. Es besteht aber die Gefahr, daß etliche der hier skizzierten Probleme durch den europäischen Binnenmarkt verschärft werden, wenn nur der Marktmechanismus die Entwicklung bestimmt.

Das europäische Binnenmarktkonzept gibt der Administration Vorrang: der Kommission in Brüssel und den Regierungen der Mitgliedsstaaten im Ministerrat. Diese Gremien erhalten eine Kompetenzerweiterung. Dem stehen die völlig unzureichenden Befugnisse des europäischen Parlaments und eine verringerte Interventionsmöglichkeit der nationalen Parlamente gegenüber. Das schafft eine gefährliche Kombination von parlamentarisch nicht verantwortlicher Administration und unkontrollierter Wirtschaftsmacht. In der angestrebten Struktur droht der europäische Binnenmarkt erkämpfte Mitwirkungsrechte und demokratische Positionen auszuhöhlen.

Der Sachverständigenrat hält sich aufgrund seines gesetzlichen Auftrages nicht für befugt, diese Gefahren für die europäischen Demokratien zu analysieren. So schweigt er auch dazu, daß es auf der europäischen Ebene keine Instrumente gibt, um Maßnahmen zur ökonomischen oder ökologischen Krisenbekämpfung - etwa gegen multinationale Konzerne - durchzusetzen, und daß die europäische Volksvertretung keine Macht besitzt, solche Krisen in eigener Kompetenz zu bekämpfen.

In Wirklichkeit jedoch ist die Internationalisierung der Gefahren zu einer Existenzfrage der buchstäblich alltäglichen Lebensweise geworden. Es ist ja in der Tat keine Frage nationaler Grenzen mehr, ob Nord- und Ostsee in ihren ökologischen Grundlagen zerstört werden, ob krebsfördernde Fleischproduktion stattfindet oder Olivenöl und Wein gepantscht sind oder auch ob ein mit erhöhten Risiken eines atomaren Ausfalls gebautes Kraftwerk in Frankreich, in der Bundesrepublik oder auf englischem Boden steht. Hat das enge ökonomische Denken überhaupt einen Begriff von Internationalismus, der den Horizont von Export- und Importproblemen überschreitet?

Wenn die „Fünf Weisen“ von Wirtschaft, von Konjunktur und Krise, von Innovation und Lohnkosten, von Investitionsanreizen und der Exportsituation sprechen - immer reden sie dann auch von der Lebenswelt, von Menschen, ohne deren lebendige Beteiligung an diesen Prozessen überhaupt nichts zustande käme. Aber die Jahresgutachten geben durch nichts zu erkennen, daß die Sachverständigen sich dessen bewußt sind. Die Jahresgutachten formulieren funktionale Erfordernisse einer Ökonomie, die nur sich selber kennt und diese Erfordernisse absolut setzt. Die Menschen sollen sehen, wie sie damit fertig werden. Für den Fall, daß sie nicht funktionieren, wird mit schweren Störungen des Wirtschaftsprozesses gedroht.

Daß die Arbeits- und Lebensbedingungen nach Art des Sachverständigenrates begutachtet und öffentlich bewertet werden, ist kein Zufall. In dem, was offiziell der Begutachtung für wert befunden wird, zeigen sich politische und wirtschaftliche Interessen. Daß amtliche Selbstzufriedenheit öffentlicher Besorgnis verständnislos gegenübersteht, daß die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Regierungspolitik und Bevölkerung größer werden, hat viel mit der beschriebenen Unterschlagung sozialer Wirklichkeiten und drängender Zukunftsfragen zu tun. Verdrängt wird dabei vor allem jene Hauptfrage, die eine unsicher und unruhig gewordene Öffentlichkeit immer mehr bewegt: Wie angesichts des tiefgreifenden Strukturwandels am Jahrhundertende, der sich in den Produktions-, Arbeits- und Umweltverhältnissen wie in den kulturellen Beziehungen zeigt, ein neues soziales und humanes Gleichgewicht für die Zukunft zu erreichen ist.

Vom Sachverständigenrat kann die Antwort auf die hier aufgeworfenen Fragen nicht erwartet werden, weil es die eine, alles umfassende, alle Unsicherheiten beseitigende Antwort nicht gibt, und weil viele Dimensionen eines neuen sozial-ökologischen Gleichgewichts jenseits des gesetzlichen Auftrags des Sachverständigenrates liegen. Zu prüfen ist aber sehr wohl, ob der vor 25 Jahren erteilte gesetzliche Auftrag beziehungsweise die Art und Weise, wie ihn die Sachverständigen bisher interpretiert haben, dem heutigen Bedarf an Politikberatung noch entsprechen.

Fortschrittliche Antworten werden wir nur finden, wenn die Fragmentierung des Denkens durchbrochen und die Teilbereiche in ihrem Zusammenhang thematisiert werden. Dabei muß klar sein, daß wir die unabdingbaren Korrekturen der Teilrationalität nicht von einer zentralen Instanz erwarten können. Es gibt nicht „irgendwo“ das Zentrum, von dem das Ganze gesehen und jedem Teilbereich sein Stellenwert zugeteilt wird. Nur das Verfahren von freier Rede und freier Gegenrede kann die Chance eröffnen, daß Wirklichkeit nicht unterschlagen wird. Aber mit der freien Rede ist es nicht getan. Ihr muß ein politisches Handeln folgen, das sich dem „ganzen Haus“ verpflichtet weiß.